

Ingrid Lohmann

Privatisierung im Bildungsbereich - globale Aspekte Drei Thesen

1. These: Privatisierung ist Umverteilung von Unten nach Oben

Derzeit werden rund um den Globus die staatlich-öffentlichen Bildungssysteme privatisiert. Auch in Deutschland sind Kindergärten, Schulen und Hochschulen der nächste gesellschaftliche Großbereich nach der Telekommunikation, der dem kapitalistischen Markt unterworfen werden soll - ebenso wie Gesundheits- oder Trinkwasserversorgung. Die Privatisierung des Bildungssektors ist Bestandteil einer gigantischen steuerpolitischen Umverteilung von unten nach oben. Privatisiert werden aber tendenziell alle bisher öffentlichen Leistungen und Dienste. Kern des Vorgangs: Die sozialen Sicherungssysteme werden in Kapitaleigentum überführt.

All dies geschieht nicht von einem Tag auf den anderen, denn dann wäre der Widerstand gegen die Einführung des Profitprinzips - in den Bildungssektor und die übrigen öffentlichen Sektoren - zu groß. Die scheinbar schrittweise Privatisierung nach dem Prinzip des "Teile und Herrsche" hingegen führt zur gewünschten Zersplitterung des Widerstands. Die Legende vom Bankrott der Staatshaushalte verschafft die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung für einen Sozialabbau bisher ungekannten Ausmaßes. Der Soziologe Arno Klönne spricht von der "realitätswidrige[n] Behauptung, die Bundesrepublik befinde sich kurz vor dem weltwirtschaftlichen Abgrund". Damit werde der "Stimmungsboden für diesen aggressiven gesellschaftspolitischen Vorstoß" bereitet. Ähnlich die kanadische Bürgerrechtlerin Maude Barlow: Sie spricht von "deficit-fighting campaigns", die der Bevölkerung den Raubzug am öffentlichen Sektor als unvermeidlich hinstellen sollen.

2. These: Privatisierung im Bildungsbereich geschieht weltweit - und nirgends hält sie, was sie verspricht

Grundgedanken und zentrale Stichworte stammen aus der ideologischen und finanzpolitischen Offensive des Neoliberalismus. Sie hat in den letzten zwanzig Jahren überall dafür gesorgt, dass der öffentliche Sektor - weltweit - unter die gleichen Ideologeme gebracht wird: Markt, Wettbewerb, Chancengerechtigkeit, Selbstverantwortung usw. Die Sprachregelung für die Privatisierungspolitik ist von den globalen Institutionen der Wirtschafts- und Finanzsteuerung - OECD, WTO, Weltbank, IWF - machtförmig und mit sehr viel Geld durchgesetzt worden. Zusammen mit anderen Interessenvertretern der Superreichen sorgen sie im Hintergrund dafür, dass auch die Medien wissen, wie die Marschbefehle lauten. Bis wir alle in den Ruf einstimmen: "Es muss Reformen geben!"

Wie sehen die Versprechen des Neoliberalismus in der Realität aus? Hier einige typische Beispiele für die weltweite neoliberalistische sogenannte Deregulierung, die die genannten Institutionen betreiben oder befördern:

• 1980: Bildungsgutscheine in Chile

Neoliberalistisches Argument: *Schulen müssen untereinander in Wettbewerb treten. Damit werden sie gezwungen, mehr für die Verbesserung der Schülerleistungen zu tun.*

Chile war eines der ersten Länder, in denen Bildungsgutscheine nach dem Modell Milton Friedmans eingeführt wurden. Sie waren Bestandteil eines umfassenden Deregulierungspakets der Militärregierung unter Pinochet. Maßnahmen waren u.a. die Abschaffung der Tarifautonomie der Lehrgewerkschaften und die Einführung von Privatverträgen. Sehr schnell wurde jedoch deutlich, dass - entgegen der Propaganda der Marktbefürworter - Kindern aus Familien mit geringem Einkommen daraus keineswegs Vorteile erwuchsen. Wie in den USA vergrößerte vielmehr auch in Chile das System der Gutscheine die bestehende Kluft zwischen den Schulen der Privilegierten und der Unterprivilegierten noch einmal erheblich. Entgegen den Versprechungen hat die Einführung des Marktmodells die Schulleistungen vielfach negativ beeinflusst und die SchülerInnenenschaft sozial weiter polarisiert, ohne dass insgesamt die Qualität der Bildung gesteigert worden wäre.

- **1989: School choice in Neuseeland**

Neoliberalistisches Argument: *Schulwahlfreiheit der Eltern mindert die ethnische Polarisierung der Schülerschaft und erhöht die Chancengerechtigkeit für alle. (Der Markt wird es schon richten...)*

Die Aufsicht über die Primar- und Sekundarschulen wurde von der Zentralbehörde auf lokale Gremien übertragen. Im Gegenzug können die Schulen sich ihre SchülerInnen selbst auswählen, wenn die Bewerbungen die Aufnahmekapazität übersteigen. Ergebnisse:

- entgegen den regierungsoffiziellen Absichten verstärkte sich die ethnische Polarisierung;
- bildungsschwache SchülerInnen konzentrierten sich an bestimmten Schulen.

Da Mittelschichteltern die Qualität einer Schule nach deren ethnischer Zusammensetzung beurteilen, gibt es eine starke Polarisierung zwischen Einrichtungen mit überwiegend europäisch-stämmiger Population und Schulen mit einem hohen Minoritätenanteil. Diese Schulen befinden sich in einer Abwärtsspirale, in der sich rückläufige Anmeldezahlen, der Weggang von Lehrkräften und der Wegfall von Ressourcen wechselseitig verstärken. An diesen Schulen sammeln sich außerdem lernschwache SchülerInnen und die, die aus anderen Schulen entlassen wurden. Die Regierung war zunächst unwillig, dem entgegenzuwirken. Sie sah sich schließlich aber so großem Druck ausgesetzt, dass sie mit Maßnahmen zur direkten Intervention in den in Bedrängnis geratenen Schulen überging. Der Theorie marktförmiger Selbstregulierung des Schulwesens entspricht dies natürlich nicht - und auch das Argument von steigenden Bildungschancen für alle durch Privatisierung hielt der empirischen Überprüfung nicht stand.

- **2001: Begünstigung von Privatschulbesuch in Ontario/ Kanada**

Neoliberalistisches Argument: *Eltern mit niedrigen und mittleren Einkommen können sich nun leichter für religiöse Privatschulen entscheiden.*

Eltern, die ihre Kinder auf Privatschulen schicken, wird eine Steuererminderung eingeräumt - \$ 3.500 pro Jahr und Kind. Im Haushalt sind Mindereinnahmen dafür eingeplant. Kritiker wenden ein: Die Maßnahme entziehe den ohnehin unterfinanzierten öffentlichen Schulen weitere Steuermittel. Die Regierung mache den Wohlhabenden und Reichen, die ihre Kinder so oder so auf teure Privatschulen schicken, ein Steuergeschenk. Diesen Vorwurf weist die Regierung zurück: Die Gebühren an unabhängigen Privatschulen beliefen sich auf \$ 15.000 und mehr; die Steuerersparnis hingegen solle \$ 3.500 nicht übersteigen. Ziel sei, Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen die Entscheidung für religiöse Privatschulen zu erleichtern. Unterm Strich jedenfalls reduziert die Regierung die staatlichen Bildungsausgaben:

- Ein Privatschüler kostet den Staat \$ 3.500 pro Jahr, das übrige Schulgeld zahlen die Eltern.
- Jeder Schüler, der im öffentlichen Schulwesen bleibt, kostet den Staat \$ 7.000.
- Um die Hälfte dieser Summe reduzieren sich die staatlichen Bildungsausgaben für jeden Schüler, der in eine Privatschule wechselt.

Es profitieren: Private Wirtschaftsunternehmen, die Schulen betreiben oder Schulverwaltung als Dienstleistung anbieten. Sie verzeichnen steigende Anmeldezahlen auf Kosten der Wohnbezirksschule - nun, „nachdem die Regierung die Leute überzeugt hat, dass ein öffentliches Schulsystem nicht so gut ist wie ein privates“. (The Toronto Star, 11.5.2001)

Die - unbeabsichtigten? - Nebenfolgen:

- Mit den in Privatschulen umgelenkten \$ 300 Mill. werden Steuergelder in Schulen transferiert,
- die im Unterschied zu den öffentlichen weder verpflichtet sind, sich an staatlich vorgegebenen Kennziffern und Leistungsvereinbarungen messen zu lassen,
 - noch, ihre Schüler in den Klassenstufen 3, 6 und 9 standardisierten Leistungstests zu unterziehen;
 - die kein Budget vorlegen und genehmigen lassen und
 - keine Inspektion zulassen müssen;
 - die nicht verpflichtet sind, nur solche LehrerInnen einzustellen, die über das amtliche Lehramtszertifikat verfügen;
 - die ihre Problemschüler ans öffentliche Schulwesen verweisen können;
 - die nicht an genehmigte Schulbücher gebunden sind
 - und auch nicht ans Lehren der Evolutionstheorie.

- **2002: Privatisierungsfolgen in College und Universität in den USA**

Neoliberalistisches Argument: *Privatisierung erhöht die Chancengerechtigkeit und verhilft dem (leistungswilligen...) Einzelnen zu seinem Recht*

Aber: Einer US-Studie von 2002 zufolge können sich immer weniger US-Bürger höhere Bildung leisten. Die Kosten für College- und Universitätsstudium stiegen deutlich stärker als die Einkommen. Ein

Collegeabschluss ist inzwischen „für viele Familien mit geringem Einkommen praktisch unbezahlbar geworden“, heißt es in der Studie. Für die ärmsten Familien ist der Prozentsatz ihres Jahres-Einkommens, den sie für ein Jahr Collegeausbildung ausgeben müssen, von 13 auf 26 Prozent gestiegen. Und längst geraten auch die - vom System bislang privilegierten - Mittelschichten in den Sog der Verschuldung (Bildungskonten; Bildungskredite).

Für die Dekade 1990-2000 verzeichnet die Studie:

- Erhöhungen der Studiengebühren führten dazu, daß sich heute merklich weniger Familien College- und Universitätsbesuch leisten können als 10 Jahre zuvor;
- die Finanzhilfen der US-Administration und der einzelnen Bundesstaaten hielten mit den Erhöhungen der Studiengebühren bei weitem nicht Schritt;
- mehr Studierende und ihre Familien aus allen Einkommensschichten leihen sich mehr Geld, um die Collegegebühren bezahlen zu können;
- die größten Gebührensteigerungen für den Besuch öffentlicher Colleges wurden in Zeiten harter Wirtschaftskrisen vorgenommen;
- die staatlichen Finanzierungsbeihilfen für öffentliche höhere Bildung stiegen, aber die Gebühren stiegen weitaus stärker.

3. These: Der Raubzug der Global Players kann (nur) durch weltweite Koalitionen für Erhalt und Neubegründung öffentlicher Sektoren gestoppt werden

Es gibt drei Grenzen für die totale Herrschaft des Kapitals:

- die physische Vernichtung des Planeten;
- Armut - im Sinne von Nichtverfügung über Geld für den Kauf von Waren und Dienstleistungen;
- öffentliche Sektoren - von Vordenkern des Neoliberalismus daher auch gern mit Kommunismus in einem Atemzug genannt.

Zu den Akteuren der Privatisierung, deren Wirken im Sinne dieser These analysiert und kontrolliert werden muß, gehören

- die **Welthandelsorganisation** (WTO) mit 141 Mitgliedsländern;
- die Organisation for Economic Cooperation & Development (**OECD**) mit 30 Mitgliedsländern, und zwar den wirtschaftlich leistungsfähigsten der Erde;
- der **Internationale Währungsfond** (IWF): „The IMF is an international organization of 184 member countries. It was established to promote international monetary cooperation, exchange stability, and orderly exchange arrangements; to foster economic growth and high levels of employment; and to provide temporary financial assistance to countries to help ease balance of payments adjustment.“
- die **Weltbank** (The World Bank Group), ebenfalls mit 184 Mitgliedsländern: „The World Bank is one of the world’s largest sources of development assistance. Its primary focus is on helping the poorest people and the poorest countries.“ Executive Directors: „The five largest shareholders - France, Germany, Japan, the United Kingdom and the United States - each appoint an Executive Director, while the other member countries are represented by 19 Executive Directors who are elected by groups of countries (or constituencies).“

Hinter der Rhetorik: IWF und Weltbank fordern den um internationale Kredite bittenden Ländern - die meisten gehören zu den ärmsten Nationen der Erde - sogenannte Strukturanpassungsprogramme ab. Deren Zweck und Inhalt: Überführung der ggf. vorhandenen öffentlichen Sektoren dieser Länder in die Privatisierung. Konsequenz ist die - von GlobalisierungskritikerInnen dieser Länder auch vehement angeprangerte - weitere Verarmung der ärmsten Länder und die hemmungslose weitere Bereicherung der Kreditgeber(länder).

- die **Europäische Union** (EU) mit 25 Mitgliedsländern (ab 2004) bzw. die **EU-Kommission**
- der **European Round Table of Industrialists** (ERT). Ihm gehören die Spitzenmanager von rund vier Dutzend Konzernen an; aus dem deutschen Unternehmensbereich sind dies (oder waren es bis vor kurzem): Thomas Middelhoff von Bertelsmann, Heinrich v. Pierer von Siemens, Hasso Plattner von SAP, Manfred Schneider von Bayer, Fritz Gerber von Hoffmann-La Roche, Ron Sommer von der Deutschen Telekom, Jürgen Weber von der Deutschen Lufthansa, Gerhard Cromme von Thyssen Krupp (ERT 2002). Der ERT beeinflusst mit seinen Positionspapieren die Meinungsbildung in den EU-Lenkungsgremien ganz erheblich; z.B. durch seine „Zehn Empfehlungen für raschen Fortschritt zu erhöhter Wettbewerbsfähigkeit durch die Wissensökonomie“, darunter diese:

1. „präzise Zielsetzungen für wissensökonomische Fertigkeiten und Haltungen, die in der Mindestschulzeit erworben worden sein müssen;
2. Nutzung der Erfahrungen der Wirtschaft zum Wohle der Bildung;
3. Beginn eines Prozesses zur Neuverhandlung und Bewertung des Lehrberufs;
4. Schaffung eines europäischen Online-Dienstes für lebenslanges Lernen;
5. Entwicklung lokaler und regionaler Foren mit Vertretern von Regierung, Bildungsbereich und Wirtschaft, die die kurz-, mittel- und langfristigen Qualifikationserfordernisse führender Wirtschaftssektoren definieren“ (ERT: Actions for Competitiveness Through the Knowledge Economy in Europe. Message to the Stockholm European Council, March 2001).

Nicht weniger maßgeblichen Einfluß auf die Entscheidungsfindung in den EU-Lenkungsgremien hat

- die **Vereinigung der Europäischen Industriellen- und Arbeitgeberverbände** (Union of Industrial and Employers' Confederations of Europe, UNICE), darin für Deutschland: **BDI & BDA**, z.B. vermittels Positionspapieren wie „For Education and training Policies which foster Competitiveness and Employment. UNICE's Seven Priorities“ (verfaßt für den EU-Gipfel in Lissabon im März 2000).

Schließlich: vor Ort konkretisiert werden die Vorgaben aus ERT und UNICE durch

- die **Handelskammer Hamburg** als „das kompetente Sprachrohr der Hamburger Wirtschaft. Wir vertreten das wirtschaftliche Gesamtinteresse klar und offensiv. Gegenüber Politik und Verwaltung setzen wir uns für Deregulierung, Privatisierung, eine nachhaltige Finanzpolitik sowie für eine zukunftsgerichtete Infrastruktur- und Stadtentwicklungspolitik ein.“

Wie die Gründung des Bündnisses „Bildung ist keine Ware“ zeigt: Ganz so einfach - oder vielmehr einseitig - läßt sich, was wirtschaftliches Gesamtinteresse und was zukunftsfähige Politik ist, wohl nicht definieren!